

minierung durch die Mapdaträger von ihrem Arbeitskollektiv gründlich geprüft, dort also, wo ihre Tätigkeit im Beruf und im gesellschaftlichen Leben am besten beurteilt werden kann. Dann erst werden sie für den gemeinsamen Wahlvorschlag der Nationalen Front vorgeschlagen. So wird das Arbeitskollektiv seinem künftigen Abgeordneten alle Unterstützung geben, wird ihm guter Berater in seiner Tätigkeit sein. Es wird von ihm auch Rechenschaft fordern. Alle Betriebsparteiorganisationen sind gut beraten, wenn sie die Anwendung dieser Grundsätze des Wahlgesetzes ihre Aufmerksamkeit schenken.

Nicht minder wichtig ist das Treffen der Kandidaten mit ihren Wählern in den Wahlkreisen, in den Wohnbezirken der Städte und in den Gemeinden. Das stellt entsprechende Anforderungen an die politische Führungstätigkeit der Partei. Es wird großen Anstrengungen bedürfen, um mit Hilfe der Ausschüsse der Nationalen Front und allen gesellschaftlichen Kräften zu sichern, daß die Kandidaten bis in die Hausgemeinschaften und Familien hinein bekannt werden. Hier gilt es, alle bewährten Formen der politischen Massenarbeit zu nutzen, um jeden Wähler zu erreichen und mit dem Wahlauftritt der Nationalen Front der DDR und den Kandidaten vertraut zu machen.

Rechenschaft der Familiengespräche, wie sie im Kreis Oranienburg mit Erfolg praktiziert wer-

Abgeordneten den, sind geeignet, über Probleme zu beraten, die die Menschen im täglichen vor den Wählern Leben bewegen. Dabei werden ihnen die Zusammenhänge erläutert, wird

konkret gefragt und konkret geantwortet. Das Wirken ständiger Agitatoren in einzelnen Häusern oder Häusergruppen fördert vertrauensvolle Beziehungen zu den Familien und Hausgemeinschaften.

Die Veranstaltungen zur Rechenschaftslegung der Abgeordneten vor ihren Wählern über die Tätigkeit der Volksvertretung und über ihren persönlichen Anteil daran sollten gut vorbereitet werden, damit sie den Wählern ein eindrucksvolles Bild darüber vermitteln, welche Ergebnisse in der letzten Wahlperiode erreicht wurden, wie die Probleme durch Fleiß und Initiative der Bürger gelöst worden sind. In den Versammlungen, Foren und sonstigen Treffen der Abgeordneten und Kandidaten werden Fragen gestellt, die die Entwicklung der Stadt oder Gemeinde betreffen, die die Lösung kommunaler Aufgaben zum Inhalt haben, die viele oder auch einzelne Bürger besonders bewegen. Diese Fragen verlangen ebenso wie Eingaben oder Vorschläge ein sachkundiges und exaktes Reagieren der zuständigen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe.

Entsprechend der Orientierung der 9. Tagung des ZK haben die staatlichen Organe dafür Sorge zu tragen, daß alles, was berechtigt und möglich ist, gelöst wird. Dafür sind alle Möglichkeiten des Planes zu nutzen und vorhandene Reserven zu erschließen. Alles, was unreal ist, bedarf eindeutiger Antworten. Dem Bürger Versprechungen zu machen, hat mit sozialistischem Arbeitsstil nichts gemein. Keine Parteiorganisation darf Herzlosigkeit und Bürokratismus dulden.

Wahl der Richter und der Schöffen

Da mit den Kommunalwahlen die Wahl der Direktoren und Richter der Kreisgerichte, der 48 000 Schöffen und der 53 000 Schiedskommissionsmitglieder verbunden ist, werden sich auch die Kandidaten für diese wichtigen Funktionen vorstellen. Das wird je nach örtlichen Gegebenheiten und politischen Erfordernissen in speziellen Foren, Gesprächsrunden, aber auch gemeinsam mit den Abgeordnetenkandidaten geschehen. Dabei muß die Gelegenheit genutzt werden, Fragen des sozialistischen Rechts, der Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit, der Ordnung und Sicherheit zu erläutern.

Wie immer, so werden auch in den Wochen der Wahlvorbereitung die Kommunisten in den vordersten Reihen der politischen Massenarbeit stehen. Sie werden sich in Mitgliederversammlungen ihrer Grundorganisationen sowie in Gesamtmitgliederversammlungen in den Wohngebieten das konkrete Rüstzeug dafür aneignen und alles tun, damit der 20. Mai 1979 zu einem politischen Höhepunkt in unserem 30. Jubiläumsjahr wird.